

Die Diskussion in der DKP zur Volksrepublik China

Ein Zwischenstand

**Dokumente des 25. Parteitags der DKP,
17. bis 19. März 2023, Gotha**

Dokumente



Inhalt

Die Diskussion in der DKP zur Volksrepublik China – Ein Zwischenstand Richard Höhmann, Leiter der Bildungskommission der DKP	Seite 3
Auszüge aus dem Referat des 25. Parteitags der DKP „In welcher Epoche leben wir?“, Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, März 2023	Seite 4
„Frieden mit China“ Beschluss des 25. Parteitags der DKP	Seite 11
„12 Punkte im Klassenkampf“ Beschluss des 25. Parteitags der DKP	Seite 13
„Die VR China, ihr Kampf um den Aufbau eines modernen sozialistischen Landes und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse“ Beschluss des 25. Parteitags der DKP als Zwischenstand in der China-Debatte	Seite 14

Die Diskussion in der DKP zur Volksrepublik China – Ein Zwischenstand

„Auf dem virtuellen NATO-Gipfel Anfang Dezember 2020 erklärte der Generalsekretär des westlichen Militärpaktes, dass zwar kein Mitgliedsland ‚unmittelbar‘ von China bedroht werde, aber man sich stärker gegen Bedrohungen aus China wappnen werde. ‚Es kommt uns näher, von der Arktis bis nach Afrika‘; zitierten die Medien Jens Stoltenberg. ‚Wir müssen dies gemeinsam angehen, sowohl als NATO-Verbündete als auch als Gemeinschaft gleichgesinnter Länder:“

Natürlich ist die Angst ‚des Westens‘ durchaus begründet. Es ist ihm mit der Volksrepublik China ein ernstzunehmender Konkurrent erwachsen. Der vertritt nicht nur mit wachsendem Selbstbewusstsein seine nationalen Interessen und handelt also nicht anders als etwa die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und andere kapitalistische Staaten.

Dieser Konkurrent präsentiert aber auch noch einen anderen Gesellschaftsentwurf. Dieser erweist sich angesichts der vielen Krisen und Konflikte, für die der Kapitalismus ursächlich ist, zunehmend als Alternative. Eine der ältesten Zivilisationen und Hochkulturen der Welt sucht nach Wegen in eine Zukunft, die diese Bezeichnung auch verdient. Und dabei sind die Chinesen sehr erfolgreich.

Nun ist das, was sie machen, überhaupt kein Modell für die Welt. Das stellen die Chinesen selbst energisch in Abrede. Doch allein das Funktionieren ihrer Ordnung beweist, dass der Kapitalismus – der sich doch selbst einmal als Krönung und Ende der Geschichte bezeichnete – eben nicht ohne vernünftige Alternative und das Schlusskapitel der Menschheit sein muss. Denn darin besteht heute weltweit Einigkeit: Wenn wir so weiter wirtschaften wie bisher, geht die menschliche Zivilisation in absehbarer Zeit zugrunde.

Das ist die eigentliche Bedrohung, vor der nicht nur ‚der Westen‘ steht.“

Die Schlaglichter, die hier Uwe Behrens im Vorwort seines kenntnisreichen Buchs „Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen“ (2021) setzt, beleuchtet den Hintergrund der seit vielen Jahren geführten Debatten außerhalb und innerhalb unsere Partei. Seit dem 23. Parteitag erfolgt diese Diskussion organisierter. Mit dem Referat der 6. PV Tagung in 2021 und den darauf aufbauenden Bildungsmaterialien nahm sie zusätzlich Fahrt auf. Die ausführliche Debatte in der UZ konnte das China-Thema, dass ja zugleich auch ein Kuba-, Vietnam-, Laos- und Korea-Thema ist, aus dem Dunstkreis einer „Spezialisten-Debatte“ in die Breite der Partei tragen.

Die Debatte und die Beschlüsse des 25. Parteitages im März 2023 markieren einen Zwischenstand.

Kernaussage ist: Was die Genossinnen und Genossen in China machen, ist kein risikofreier, aber ein legitimer Weg des sozialistischen Aufbaus. Man kann die Weltsituation heute nicht einschätzen, ohne sich mit der Rolle der VR China auseinanderzusetzen. Denn: Der Imperialismus, wie er sich im US-Imperialismus oder in der EU unter deutscher Führung in der NATO darstellt, kämpft gegen den Verlust seiner bisher unumstrittenen Hegemonie in der Welt. Es deutet vieles darauf hin, dass sich eine multipolare Weltordnung herausbildet. Einer dieser Pole ist dabei auf einem antiimperialistischen Kurs, vielleicht sogar auf einem Kurs des sozialistischen Aufbaus. Das ist bedeutend für die Strategie- und Taktikentwicklung des Kampfes auch in unserem Land.

China kann kein Modell sein für uns. China hat völlig andere Bedingungen vorgefunden. Es ist nach wie vor ein Entwicklungsland mit starkem Stadt-Land-Gefälle.

Aber: Indem wir bescheiden lernend mit dem Zeigefinger den chinesischen Weg zum Sozialismus ausbuchstabieren, zeigen zugleich drei Finger auf uns selbst. Denn wir haben zu bestimmen, wie ein Sozialismus in unserem Land mit seinen entfalteteten Produktivkräften und seiner höchstentwickelten Vergesellschaftung der Produktion aussehen kann.

Der Klärungsprozess ist nicht abgeschlossen. Unsere kollektive Analysearbeit muss weitergehen.

Was sind die nächsten Schritte?

Der neugewählte Parteivorstand der DKP hat beschlossen:

- Die Themen des Referats des 25. Parteitags der DKP zur Epoche, ihren Etappen, zu Entwicklungen des Imperialismus und zur Herausbildung einer multipolaren Welt sind zu vertiefen.
- Durchführung einer theoretischen Konferenz Ende 2023 für Mitglieder der DKP und SDAJ. Themen, die in der bisherigen Debatte eine Rolle spielen, sind zu berücksichtigen. Die Diskussion ist so zu strukturieren, dass Meinungen nicht nur nebeneinander stehen, sondern Argumente ausgetauscht werden. Sie soll entlang konkreter, zeitgenössischer Fakten und (welt-)politischer Entwicklungen geführt werden. Die Debatte soll für alle in der Partei nachvollziehbar sein.
- Ebenfalls beschlossen wurde die Herausgabe der vorliegenden Broschüre, die die relevanten Beschlüsse des Parteitags zum Thema und Auszüge aus dem Referat des Parteitags bündelt.

Auszüge aus dem Referat des 25. Parteitages „In welcher Epoche leben wir?“

Das Referat des 25. Parteitages „In welcher Epoche leben wir?“ von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, ist ein Bildungsmaterial für die DKP-Gruppen. Es befasst sich mit der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Kommunismus sowie der imperialistischen Kriegsgefahr, die sich zunehmend gegen die Volksrepublik China richtet, der Friedensbewegung und den Aufgaben, die sich für Kommunistinnen und Kommunisten ergeben.

Das komplette Referat gibt es hier: dkp.de/partei/parteitage/25-parteitag

■ In welcher Epoche leben wir?

Die Frage der Epochenbestimmung ist keine theoretische. Sie ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Strategie und Taktik. Die Frage der Produktivkraftentwicklung ist hier entscheidend und die Frage, welche Gesellschaftssysteme global miteinander konkurrieren oder besser im Klassenkampf stehen.

Zur Frage der Produktivkraftentwicklung

Hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung können wir mit Fug und Recht feststellen, dass sie ein Niveau erreicht hat, das allen Menschen weltweit ein gutes Leben ermöglichen könnte, und zwar in Übereinstimmung mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und bei Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ist die Produktivkraftentwicklung aber auch so, dass sie die Fesseln der alten, überlebten Gesellschaftsordnung, also des Kapitalismus zu sprengen droht?

Was meint dieses Wort „sprengen“ überhaupt? Ohne das Handeln der Menschen setzt sich eine neue Gesellschaftsordnung nicht durch – „sprengen“ im Sinne von „die explodieren und alles ist gut“ ist ein falsches Bild. Ohne handelnde Massen tut sich gar nichts. In eine andere Richtung zeigt uns die Produktivkraftentwicklung aber immer deutlicher die Überlebtheit des kapitalistisch/imperialistischen Systems. Produktivkräfte, die der Menschheit dienen könnten, werden immer mehr zu Destruktivkräften, solange sie dem Profitprinzip oder der Absicherung imperialistischer Herrschaft dienen. Das erleben wir tausendfach. Da dient medizinische Forschung nicht der Gesundheit der Menschen im globalen Maßstab, sondern wird für Impfstoff-Imperialismus missbraucht. Lasertechnologie, Satelliten, die Forschung in allen Bereichen wird dem Zweck des Militärischen untergeordnet, ja selbst die universitäre Bildung, lange gepriesen als Hort des Humanismus, wird immer stärker in die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes integriert. Das sind alles Hinweise darauf, dass die Entwicklung der Produktivkräfte überreif ist für die Überwindung des Kapitalismus.

In der Realität stürzt sie zwar den Kapitalismus immer tiefer in seine allgemeine Krise, die aber eben nicht automatisch zu seiner Überwindung führt, sondern immer umfassender und in immer größerer Anzahl das Leben und die Existenz von Menschen verschlechtert, bedroht und gefährdet. Die Weltkriege 1 und 2 waren Beleg dafür, die jetzige Gefahr des Weltkriegs 3 und eines Atomkriegs ist Beleg dafür. Nicht zuletzt: Die wichtigste Produktivkraft, der Mensch, er verhungert zu Millionen, ein riesiger Teil der Menschheit lebt in Armut, Menschen werden in Kriegen aufeinandergehetzt. Die Tendenz, dass Produktivkraft zu Destruktivkraft wird und die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft, scheint mir die Übersetzung des Wortes „Fessel“ im imperialistischen Stadium des Kapitalismus zu sein.

Vor 106 Jahren materialisierte sich mit der siegreichen Oktoberrevolution der zweite Aspekt, der für die Bestimmung des Charakters unserer Epoche entscheidend ist. Der Sozialismus wurde staatliche Realität. Die erfolgreiche Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern ändert nichts an dem seit 1917 angetretenen Beweis, dass der Sozialismus möglich ist.

Lenin, der noch in „Staat und Revolution“ davon ausgegangen war, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sofort einen gewaltigen Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktivität auslösen würde, stellte später fest, dass es sich beim Übergang um einen „langwierigen und komplizierten Übergang handelt“ und wies Positionen, die sagten, dass „eine planmäßige Ausnutzung der (...) Produktionsmittel nur bei entschlossenster Vergesellschaftung denkbar (sei)“ zurück.

Was uns der Erfolg der Konterrevolution vor Augen führt, ist, dass im Klassenkampf zwischen existierendem Sozialismus und existierendem Kapitalismus der Kampf um die Entwicklung der Produktivkräfte die entscheidende Frage ist. Lenin hatte das bereits auf die kurze Formel gebracht „Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus die Elektrifizierung des ganzen Landes“

Die Sowjetmacht muss genutzt werden, um die Bedingungen für die Entwicklung der wichtigsten Produktivkraft, also des Menschen selbst, zu verbessern. Ihn aus der Armut zu führen, ihm den

Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen. Die Bedürfnisse der Menschen weiterzuentwickeln, dass sie nicht in Widerspruch zur Entwicklung der Menschheit als Ganzes und in Übereinstimmung mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen geraten. Das erfordert aber eben auch den Kampf um die Erhöhung der Produktivität – vor allem auch im weltweiten Klassenkampf der Gesellschaftssysteme.

Zwei Beispiele, wie sich dieser Klassenkampf konkret auf die DDR ausgewirkt hatte: Sie unterlag einem gewaltigen Druck, dass Fachkräfte, die in der DDR ausgebildet worden waren, mit finanziellen Verlockungen abgeworben wurde. Das hatte nur zum Teil damit zu tun, dass der Sozialismus bei der Aufhebung der unterschiedlichen Bewertung von Hand- und Kopfarbeit andere Wege gehen muss. Es hatte vor allem damit zu tun, dass das gesellschaftlich erwirtschaftete Mehrprodukt, das zur Verfügung stand, geringer war. Oder das Devisenproblem: Der damalige Wirtschaftskrieg gegen die DDR bediente sich des Umstands, dass der Dollar die Weltwährung war bzw. die D-Mark die kleine Schwester. Beides waren sie, weil die stärkeren Ökonomien das diktieren können. Auch die von manchen beklagte mangelnde „Reisefreiheit“ in das nicht-sozialistische Ausland war eine Folge dieser Situation. Gründe für die Überlegenheit gibt es viele, auch welche, die der Sozialismus nicht nachahmen kann, wie die Extraprofiten durch imperialistische Ausbeutung. Entscheidend ist, dass die Produktivkraftentwicklung ein, wenn nicht das entscheidende Feld des Klassenkampfes im Weltmaßstab zwischen existierendem Sozialismus und Kapitalismus ist. Übrigens auch mit Auswirkungen auf das zweite wichtige Feld des Klassenkampfes, die militärische Konkurrenz. „Totrücken“; wie es der Westen nannte, wollte man die sozialistische Ökonomie, indem man sie zwang, gesellschaftliches Mehrprodukt in das Militär statt in Soziales, Kultur, Bildung zu investieren.

Zur Etappenbestimmung in der Epoche vom Kapitalismus zum Kommunismus

Was uns die Geschichte auch zeigt, ist: Offensichtlich gibt es innerhalb einer Epoche durchaus unterschiedliche Etappen. Die Zeit nach der Oktoberrevolution war gekennzeichnet von der Konsolidierung des Sozialismus in der Sowjetunion, aber auch von der Konsolidierung des Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Etappe wurde abgelöst von der Herausbildung des Faschismus in Europa und führte zur Etappe, die gekennzeichnet war durch den 2. Weltkrieg und die Herausbildung der Antihitlerkoalition, vom antifaschistischen Kampf und der führenden Rolle der Sowjetunion. Mit dem Sieg über den Faschismus zerbrach die Antihitlerkoalition und es wurde eine Etappe eingeläutet, die gekennzeichnet war von der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, dem sogenannten kalten Krieg, der antikolonialen Befreiung, aber auch von der Herausbildung zweier sich bekämpfender Linien in der kommunistischen Bewegung und zwischen den sozialistischen Ländern. Die darauf folgende Etappe war gekennzeichnet von den erfolgreichen Konterrevolutionen gegen den Sozialismus in Europa und einer dramatischen Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Sozialismus, des Antiimperialismus und der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. In dieser Phase versuchte der japanische Imperialismus sich ein Hinterland zu schaffen und bildete sich die EU, die schnell zum Hinterland des deutschen und französischen Imperialismus wurde. Russland sollte nach der Konterrevolution zum rohstoffliefernden Vasallenstaat werden – es ging dem japanischen Imperialismus und dem deutschen Imperialismus um ein Aufholen in der Konkurrenz mit dem US-Imperialismus.

Aber es kam anders, der japanische Imperialismus verlor durch verschiedene Krisen an Boden, der Weg für die EU unter deutscher Führung in Konkurrenz mit dem US-Imperialismus war zu lang, die Entwicklung der VR China zu dynamisch und in Russland wollte die herrschende Klasse nicht nur Vasallenstaat sein. Im Imperialismus bildete sich die Führung des US-Imperialismus heraus, auf die sich der deutsche Imperialismus, in seinem Gefolge die EU, aber auch der französische, britische und japanische Imperialismus einließen. Das wird oft als unilaterale Hegemonie gekennzeichnet. Instrument der Imperialisten, um den Rest der Welt in Schach zu halten und eigene interne Konflikte auszutragen, ist die NATO.

Die Entwicklung der Produktivkräfte, die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, sie schreien geradezu nach seiner Überwindung – und gleichzeitig kann sich die Überwindung durch den Sozialismus nicht durchsetzen ohne das revolutionäre Handeln der Menschen. Solange dieses ausbleibt, wird der Kapitalismus, der von imperialistischen Ländern dominiert wird, Formen finden, seine Herrschaft zu konsolidieren, bei weiterer Verschärfung seiner allgemeinen Krise. Das aber bedeutet Krieg, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, imperialistische Ausbeutung, Hunger, Verelendung, Krankheit, Armut, Spaltung. Das ist das heutige Abbild dessen was Rosa Luxemburg meinte, als sie von „Sozialismus oder Barbarei“ sprach.

Zur multipolaren Weltordnung

Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, wenn von der möglichen Herausbildung einer multipolaren Weltordnung gesprochen wird? Erstmal wäre dies sicherlich wiederum eine neue Etappe

Die China-Debatte in der DKP

innerhalb der Epoche und wiederum würden sich Kampfbedingungen verändern. Entscheidend ist, wie die Pole dieser multipolaren Weltordnung einzuschätzen sind. – Logisch, handelt es sich bei allen Polen um imperialistische Großmächte, so ist das etwas anderes, als wenn sich unter diesen Polen eine antiimperialistische Kraft oder gar eine Kraft auf einem sozialistischen Weg befindet. Damit sind wir bei der Bedeutung der Einschätzung der Entwicklung in der Volksrepublik China.

Folgt man der Einschätzung mancher Linken und sagt, „alles Imperialismus“, dann ist eine multilaterale Weltordnung eine, die bestimmt wird durch innerimperialistische Konflikte, durch innerimperialistische Kriegsgefahr, durch die Tendenz zur Intensivierung imperialistischer Ausbeutung und die Tendenz zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Sicherlich böte auch diese Form der multilateralen Weltordnung andere Spielräume, da es gelingen kann, innerimperialistische Konkurrenz auch auszunutzen. Trotzdem, es wäre etwas völlig anderes als eine Einschätzung, dass es sich bei einem Pol, der VR China, um eine antiimperialistische Kraft auf einem Weg des Aufbaus des Sozialismus handelt und bei der Russischen Föderation um einen Kapitalismus, der durch die führenden Imperialisten in manchen Bereichen zum Antiimperialismus gedrängt wird. Darum ist die Analyse der Entwicklung in beiden Ländern, aber vor allem natürlich der Entwicklung in der VR China von so großer Bedeutung. Diejenigen Linken, die vertreten, dass es sich bei der Entwicklung der VR China um eine kapitalistische, möglicherweise sogar imperialistische Entwicklung handeln würde, haben sich zumindest einigen Fragen zu stellen:

Wie ist es möglich, dass unter den Bedingungen des Kapitalismus/Imperialismus eine gesellschaftliche Planung zur Überwindung der absoluten Armut nicht nur propagandistisch verkündet, sondern tatsächlich realisiert werden kann? Wie ist es möglich, dass die planmäßige Reduzierung der Zahl sogenannter Wanderarbeiter realisiert werden kann? Wie kann ein solches Land eine Außenpolitik entwickeln, die tatsächlich dem Frieden dient und wie kann es eine Ökonomie nach außen entwickeln, die immer mehr die Umrisse einer Ökonomie der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit auf Augenhöhe zeigt?

Zur Imperialismus-Analyse und Lenins fünf Merkmalen

Viele analytische Probleme, viel Streit unter Linken, Sozialisten und Kommunisten ergibt sich aus der Imperialismus-Analyse, und ein wesentlicher Streitpunkt ist dabei, ob wir es mit einem einheitlichen imperialistischen Weltsystem zu tun haben oder ob es sich doch viel differenzierter darstellt.

Oft wird sich dabei auf das fünfte Merkmal bezogen, mit dem Lenin vor allem die ökonomische Entwicklung des Imperialismus kennzeichnet. „Die territoriale Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte ist abgeschlossen“, sagt Lenin hier, versteht das aber keinesfalls statisch, sondern meint, dass die Aggression der imperialistischen Großmächte sich eben nicht mehr auf quasi „leere“, „unbesetzte“ Territorien richten kann, sondern es jetzt um das gegenseitige Abjagen von Einflusssphären gehen muss, also von Ländern, Nationen und Völkern, die Spielball imperialistischer Großmächte sind. Und natürlich gibt es auch unter diesen „Spielbällen“ vielfältige Differenzierungen, die sowohl zu Konkurrenz untereinander als auch zu unterschiedlichen Modellen der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung führen. Der Versuch, sich dieser Komplexität anzunähern, war für Lenin bedeutend.

Für den II. Kongress der Komintern benannte er in seiner Schrift „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage“ über ein Dutzend Beispiel kolonialer und nationaler Unterdrückung, deren tiefere Analyse in ihrer Unterschiedlichkeit er für nötig hielt. Hat sich das zu heute vom Wesen her geändert? Geändert haben sich Quantitäten. Viele Kolonien konnten sich befreien, landeten dann aber in einer neuen Form der Abhängigkeit – die direkte staatliche Unterdrückung wurde durch die ökonomische Unterdrückung, also die Kolonialisierung durch die neokoloniale Abhängigkeit abgelöst – die Vorherrschaft imperialistischer Großmächte ist geblieben, geändert haben sich zum Teil die Namen und die Mächtigkeit.

Und trotzdem sind die Verhältnisse permanent in Bewegung. Noch hat der Imperialismus, wie er sich unter anderem in der NATO materialisiert, seine globale Hegemonie inne, steht aber unter Druck. Bereits das eröffnet Spielräume. Ein aktuelles Beispiel. Mexiko, eines der zehn Länder mit den derzeit größten bekannten Lithium-Vorkommen, hat diese De facto verstaatlicht. Noch vor wenigen Jahren wäre solch ein Versuch nicht denkbar gewesen. Oder nehmen wir die Hilflosigkeit der Versuche von Scholz und anderen, Südafrika, Indien, Brasilien in die NATO-Strategie gegen Russland und China zu integrieren.

Oder nehmen wir die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien. Dass dies unter Moderation der VR China erarbeitet wurde und die Vereinbarung in Peking unterzeichnet wurde, das hat bei den Imperialisten die Alarmglocken läuten lassen. Das zeigt, dass einiges in Bewegung ist und das zeigt, dass es einer differenzierten Analyse der Entwicklungen in der Welt bedarf. Denn gleichzeitig sind das alles kapitalistische Länder, die sich hier nicht in die Politik des führenden Imperialismus integrieren lassen. Wir haben Beispiele, wie den Iran, der

nach innen ein klerikales, oftmals reaktionäres Regime hat und trotzdem oft eine antiimperialistische Außenpolitik macht. Wir haben Venezuela, wo die PSUV-Regierung sich wieder stärker den Interessen der eigenen Kapitalistenklasse unterordnet und in diesem Zuge unsere Schwesterpartei, die PCV, bedrängt und teilweise verfolgt, und gleichzeitig versucht, dem Druck von Sanktionen und Intervention vor allem durch den US-Imperialismus standzuhalten. Und wir haben Kuba, das unter schlimmsten Blockadebedingungen und Naturkatastrophen leidet und seinen sozialistischen Weg verteidigt. Dabei steht es vor der Herausforderung, die Produktivkräfte entwickeln zu müssen und experimentiert mit Elementen des Marktes und der Öffnung, während eine zentrale Haupteinnahmequelle, der Tourismus, durch Pandemie und Blockade weggebrochen war. Dafür werden unsere kubanischen Genossinnen und Genossen zum Beispiel von der Zeitschrift „offensiv“ als Konterrevolutionäre, vergleichbar mit Gorbatschow, beschimpft, namentlich zum Beispiel Genosse Diaz-Canel, Präsident Kubas. Dem setzen wir unsere Solidarität entgegen, hier wird der Parteitag ein neues Soli-Projekt beschließen und hier sagen wir deutlich: Wer unsere kubanischen Genossinnen und Genosse so beschimpft, der steht auf der anderen Seite der Barrikade.

Wir haben es mit Ländern zu tun, die eindeutig einen imperialistischen Charakter haben, wie die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan – sie haben sich Konstrukte wie die NATO und die EU gegeben, die selbst einen imperialistischen Charakter haben, Kräfte bündeln und innerimperialistische Konflikte verwalten helfen sollen. Wir haben es mit kapitalistischen Ländern zu tun, die durch die imperialistische Aggression zu einer oft antiimperialistischen Außenpolitik genötigt werden. Dazu zählen derzeit unter anderem Brasilien, Südafrika, aber auch der Zusammenschluss der BRICS und die Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Wir haben es mit Regionalmächten zu tun, die sich dem Imperialismus andienen, imperialistisch agieren, um dessen und ihre eigenen Interessen in der Dominanz über eine Region umzusetzen. Als Beispiel nenne ich Israel. Wir haben es mit neokolonial unterdrückten Ländern zu tun, dazu gehören heute viele Länder in Afrika, in Lateinamerika. Auch einige direkte Kolonien existieren nach wie vor, wie Puerto Rico, die französischen Überseegebiete oder Gibraltar.

Und es gibt eben seit der Oktoberrevolution auch den Sozialismus in der Welt oder zumindest Länder in einer Phase des sozialistischen Aufbaus. Das durch die Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern veränderte Kräfteverhältnis hat zwar vor etwas mehr wie 30 Jahren die Phase der Befreiung aus Kolonialismus und Neokolonialismus beendet, offensichtlich hat sich aber in den letzten 10 bis 15 Jahren wieder etwas geändert und bildet die Grundlage für eine neue Welle des Kampfes um die neokoloniale Befreiung. Es liegt auf der Hand, dass die dafür erweiterten Spielräume vor allem etwas mit der Entwicklung der VR China zu einem der führenden Pole in der weltweiten Machtkonstellation zu tun haben.

Wenn wir in diesem Zusammenhang davon sprechen, dass die Tendenz zu „Multipolarität“ zu begrüßen ist, dann hat das nichts mit Illusionen zu tun. Das ist noch nicht eine Etappe, in der der Sozialismus von Sieg zu Sieg rennt, aber es ist die Etappe, die möglicherweise den Weg dorthin öffnet. Es kann eine Etappe werden, in der das Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Antiimperialismus ausgeglichener ist, und dass das Fortschritt ist, das beginnen ganz offensichtlich viele Völker außerhalb Europas schon recht deutlich zu spüren.

Zum deutschen Imperialismus und seinem Verhältnis zum US-Imperialismus

Der deutsche Imperialismus und unter seiner Dominanz die EU ist hier in einer Art Zwickmühle. Er sieht sich gezwungen, den gemeinsamen Kurs gegen Russland und die VR China zumindest weitgehend mitzutragen, dafür nimmt er die wachsende Abhängigkeit vom Konkurrenten US-Imperialismus und ökonomische Probleme für ganze Branchen, wie aktuell die Chemieindustrie, in Kauf. In Kauf genommen werden große ökonomische Gefahren, solange sich die Ruhe an der Heimatfront halten lässt.

Möglicherweise hat auch das deutsche Monopolkapital Lehren aus der Geschichte gezogen und tendiert zur Erkenntnis, dass der Griff nach der Weltmacht nicht, wie bei den zwei vorherigen Versuchen, über die direkte Konfrontation mit den imperialistischen Konkurrenten und schon gar nicht in direkter Konfrontation mit dem US-Imperialismus geht. Es ist aber falsch, diese Strategie als Willenlosigkeit gegenüber oder reine Unterordnung unter den US-Imperialismus zu interpretieren. Genauso falsch ist es zu übersehen, dass sich der deutsche Imperialismus bewusst in die NATO-Strategie einordnet. Deswegen ist der Hauptkriegstreiber die NATO unter Führung des US-Imperialismus und unser Kampf richtet sich gegen die NATO. Es bleibt aber auch dabei, dass der Hauptadressat unseres Kampfes gegen NATO und deutschen Imperialismus das deutsche Monopolkapital und seine Regierung ist.

US-Imperialismus und deutscher Imperialismus haben ein widersprüchliches Verhältnis aus Zusammenarbeit und Konkurrenz. Das wird auch aktuell sehr deutlich. Die NATO ist dabei sowohl Schauplatz, in der dies ausgetragen wird, als auch Integrationsmechanismus in die übergeordnete

Die China-Debatte in der DKP

Strategie des US-Imperialismus. Die NATO ist Hauptinstrument der Umschließung Russlands und wird ausgebaut zur Aggression gegen die VR China. Zusammenarbeit und Konkurrenz zeigten sich beim Maidanputsch in der Ukraine. Den Putsch wollten beide, die Vorherrschaft auch – durchgesetzt haben sich die USA, darum wurde Klitschko nur Bürgermeister von Kiew und nicht Präsident. Der deutsche Imperialismus hat aber gelernt, Dinge anzuerkennen. Die NATO-Aufrüstung der Ukraine war ein gemeinsames Projekt, genauso, wie es heute der NATO-Krieg gegen Russland ist. Selbst, wenn Teile des Kapitals davon betroffen sind, wie Teile der chemischen Industrie, für die der Wirtschaftskrieg und die Energiepreise ein Problem sind, dann werden sie von Staat und Regierung in diesen Kurs integriert – sicher auch mit der Zusage, dass die Krisenlasten von uns, den Arbeitenden, den Rentnerinnen und Rentnern, den Arbeitslosen bezahlt werden. Die wichtigste Zusage, die der Staat dabei der herrschenden Klasse macht, ist: „Wir halten Ruhe an der Heimatfront.“ Das zu ermöglichen, dazu brauchte es wieder einmal eine Regierung unter Einbeziehung von SPD und Grünen – nur so ist die Garantie relativ hoch, dass die Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kriegs- und Krisenabwälzungsprozess gelingen kann.

Der Hauptstoß des Imperialismus richtet sich gegen die VR China

Schwieriger scheint für das deutsche Kapital die Hauptstoßrichtung des US-Imperialismus, der Angriff gegen die VR China zu sein. Das wundert nicht. Ein Abkoppeln Russlands, das lässt sich ökonomisch noch ausgleichen, ein Abkoppeln Chinas würde das deutsche Kapital viel tiefer treffen.

Der deutsche Imperialismus hat hier einen Doppelcharakter, er ist unterdrückender Imperialismus zum Beispiel gegenüber den schwächeren Ökonomien der EU, aber auch in Afrika, und er ist gleichzeitig, auch mit dem Hinterland EU, zu schwach um heute und für eine längere Perspektive eine Konkurrenz auf Augenhöhe zum US-Imperialismus darstellen zu können. Vor allem militärisch ist er hier weit abgeschlagen – er hat keine Atomwaffen, seine militärischen Ressourcen sind um ein Vielfaches kleiner und er hat immer noch zu wenig Erfahrung in imperialistischen Kriegseinsätzen. An Letzterem arbeitet er seit dem Jugoslawien-Krieg. Ein weiteres Problem für ihn: seine Führungsrolle in der EU ist nicht unumstritten. Vor allem der französische Imperialismus steht hier in Konkurrenz – der hat aber Atomwaffen und, das ist ein neu gewachsenes Problem, er ist durch den hohen Anteil von Atomenergie weniger auf Gas und Erdöl angewiesen. Diese Abhängigkeit führt derzeit zu einer größeren Abhängigkeit vom Konkurrenten USA. Hinter der „Klimafreundlichkeit“ der Bundesregierung steckt deshalb wohl auch das Motiv, in Perspektive aus der neuen Abhängigkeit von den USA herauszukommen und sich den Wandlungsprozess von uns bezahlen zu lassen. Denn es ist zumindest Heuchelei, wenn Ökologie gepredigt und gleichzeitig Hochrüstung, Waffenlieferung und Kriegsführung betrieben wird.

Wie weit allerdings diese bewusste Unterordnung unter den US-Imperialismus geht, darf schon verwundern. Olaf Scholz sagt aus Anlass des Jahrestages der „Zeitenwende“: „Ein Jahr Zeitenwende heißt auch ein Jahr transatlantische Partnerschaft, enger und vertrauensvoller denn je.“ – Sprengen und Deindustrialisieren – Vertrauensvoll und eng – das klingt schon pervers.

Es deutet einiges darauf hin, dass sich auch im deutschen Monopolkapital Kräfteverhältnisse verschoben haben, hin zu den aggressivsten Teilen, denen die Dominanz der NATO als Voraussetzung des eigenen Weltmachtanspruchs über alles geht – klar, es profitieren die Rüstungsindustrie und es profitieren Energiekonzerne. Manchen Mitbewerber, wie Schwedt oder möglicherweise auch einige Stadtwerke, kann man plattmachen bzw. übernehmen. Problematisch könnte es aber für die Automobilindustrie und den Maschinenbau werden, wenn die Eskalation noch weiter in Richtung der VR China getrieben wird. Da scheint es auch im Monopolkapital Debatten zu geben – anders lässt es sich nicht erklären, dass das „Handelsblatt“ ein großes Interview mit dem Botschafter der VR China führt, das dieser hervorragend nutzt, um gegen diese Eskalation zu argumentieren.

Zu den aggressivsten Teilen des Monopolkapitals gesellen sich derzeit die großen Medienkonzerne und sie haben offensichtlich auch die sogenannten „öffentlich-rechtlichen“ Medien in den Griff genommen. Profitabel und nutzbringend ist die Situation auch für die meisten Handelskonzerne, insbesondere auch für die großen Lebensmittelketten, die sich an der Inflation goldene Nasen verdienen. Sie alle verbindet ein gemeinsames Interesse an der deutschen Aggressivität nach außen und innen. Offensichtlich sind die Herrschenden in gewissem Umfang auch bereit, industrielle Basis zu zerschlagen, zumindest wenn es, wie in Schwedt, den Osten trifft. Das hat sicher auch politische Gründe – als Signal gegen die mangelnde Bereitschaft im Osten, sich in den Kriegskurs einbinden zu lassen.

Das Wesen des Kriegs heute: Es ist ein Krieg der NATO gegen die Russische Föderation und er zielt gleichzeitig auf die VR China, die mit immer neuen Provokationen in der Taiwanfrage konfrontiert wird. Natürlich ist das unverantwortlich und natürlich sagen wir: „Stellt das ein – es gibt nur ein China, und das ist die Volksrepublik.“

Deutschland ist Kriegspartei – das weiß der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags – aber eigentlich weiß es auch jeder und die anderslautenden offiziellen Erklärungen sind Lügenpropaganda.

Zum Wesen des Krieges in der Ukraine

Wir haben uns über die Bewertung des russischen Angriffs gestritten und sind uns möglicherweise immer noch uneins, ich bin mir aber sicher, dass wir uns in der Bewertung der heutigen Situation recht einig sind. Und wir haben ja auch neue Informationen, wir wissen heute, dass Merkel, Hollande und die Ukraine Minsk II nie ernst genommen haben – es ging um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine nach dem für den Westen erfolgreichem Maidanputsch. Auch das Zeitenwendeprogramm lag, wie wir heute wissen, schon lange in der Schublade. Gut dafür ist eine Ampel unter Einschluss von SPD und Grünen, notwendig ist eine große parlamentarische Dominanz unter Einschluss der CDU. Die NATO-Partei AfD kann benutzt werden, um zu verwirren und um den Medien die Möglichkeit zu geben, mit Querfrontgerede den Spaltpilz zu säen.

Die Linkspartei, einst die Stimme der Friedensbewegung im Parlament, versagt und zerreibt sich zwischen einem Flügel, der die Integration in den Aggressionskurs des deutschen Imperialismus mit etwas sozialerem Antlitz anstrebt und einem kaum hörbaren Teil, der auf konsequenten Friedenspositionen bleibt. Möglicherweise ist der Letztgenannte in der Mitgliedschaft der Linkspartei im Osten stärker – aber eben kaum hörbar. Geeinigt wird sich auf einen Scheinkompromiss, der die Verantwortung für die Eskalation einseitig bei Russland sieht und der den Rückzug der russischen Truppen, auch aus dem Donbass, zur Vorbedingung macht. Damit ist die Linkspartei in ihrer Gesamtheit tendenziell auf den Positionen der Herrschenden. Das hat Auswirkungen auf die Friedensbewegung – keine guten. Man muss es doch klar sagen, die Forderung nach einem Rückzug der russischen Truppen aus den Volksrepubliken würde die Menschen dort der Schlachtbank der Ukraine und deren AsoW-Truppen zuführen.

Aber trotz dieser Situation und trotz einer seit 1945 nicht gekannten Einheitlichkeit von Medien und Ideologieapparat in der Integration in den Kurs der Herrschenden haben sie nach wie vor Probleme mit dem Massenbewusstsein. Nach wie vor sind viele Menschen gegen Waffenlieferungen und Hochrüstung, gegen die bedingungslose Unterstützung der USA, der NATO und der Selenski-Regierung.

Allerdings formiert sich diese Ablehnung nach wie vor viel zu wenig als Bewegung. Das strategische Hauptproblem dabei ist die weitgehende Einbindung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Aggressionskurs der Herrschenden. Ähnlich wie beim Jugoslawienkrieg übersehen die Führungen der Gewerkschaften die Vorgeschichte des Krieges, den Charakter der NATO und den Zusammenhang mit dem Angriff auf die demokratischen und sozialen Rechte.

Die Schaffung von Ruhe an der Heimatfront ist eine zentrale Aufgabe, die das Monopolkapital der Regierung stellt.

Zu den Aufgaben in der Friedensbewegung

Und unsere Aufgabe ist es, diese Ruhe zu beenden. Dafür brauchen wir eine andere Debatte in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Bislang entspricht sie weder dem Kriegskurs noch der Dramatik der sozialen Angriffe. Die Krise begann 2019, sie wurde durch die Corona-Maßnahmen verstärkt und die Corona-Maßnahmen halfen, vom Kapitalismus als Verursacher abzulenken. Nun wird die Krise durch den Krieg, den Wirtschaftskrieg, die Aufrüstung verstärkt und in aller Massivität auf die Massen abgewälzt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sah sich gezwungen, seinen Armutsbericht 2022 in diesem März zu aktualisieren, weil die Zahlen sich noch einmal verschlechtert haben – das gab es noch nie. 16,9 Prozent der Menschen in unserem Land, das ist mehr als jeder sechste, das sind 14,1 Millionen Menschen, sind arm, in Berlin sind es 20,1 Prozent, in NRW 19,2 Prozent. 21,3 Prozent aller Kinder sind arm. Auf der anderen Seite ist die Anzahl der Millionäre in unserem Land von 2021 bis 2022 um 100.000 auf 1,63 Millionen gestiegen. Und hier ist der größte Teil der Auswirkungen der explodierenden Preise für Energie und Lebensmittel noch gar nicht drin – da nützen auch keine kosmetischen Deckelchen. Wir bleiben dabei: die Preise müssen gesetzlich auf den Stand von Juni 2021 zurückgezwungen werden.

Dieser Situation entspricht die Debatte in Gewerkschaften und Arbeiterbewegung nicht und erst recht nicht die unsägliche Aussage von Kollegin Fahimi.

Neben der Einbindung der Gewerkschaften braucht es dafür Spaltung, Repression und Desinformation. Hauptmittel der Spaltung sind das ökonomische Gegeneinander-Ausspielen, das bereits beleuchtete Querfrontvehikel und natürlich Rechtskräfte, Nationalisten und Faschisten.

Repression gegen Kriegsgegner und Reaktionärer Staatsumbau

Im Bereich der Repression wurde gewaltig angezogen. Die Paragraphen 130 und 140 des Strafgesetzbuchs wurden verschärft. Diese Paragraphen, die jahrzehntelang gegen Neonazis ein stumpfes Schwert waren und die Kriegstreiber, die Kriegsbefürworter und die Kriegsführer aller bundesdeutscher Regierungen unbestraft ließen, diese Paragraphen werden nun gegen alle ins Feld geführt, die nicht die NATO-Narrative nachbeten. Betroffen ist neben anderen unser Freund Heinrich Bü-

Die China-Debatte in der DKP

cker, betroffen war auch unser kürzlich verstorbener Genosse Bruno Mahlow – Bruno gehört unser Gedenken, Heinrich unsere Solidarität.

Und dann die Desinformation – jüngstes Beispiel: Man will uns weismachen, dass eine Jacht mit fünf Hobbytauchern in Rostock auslief, in der Kajüte auf dem Esstisch wurden Bomben gebaut, die in der Lage waren, Pipelines mit einer Metallwanddicke von 27 bis 41 Millimeter und einem Betonmantel darum von 60 bis 150 Millimeter zu sprengen. Und das unentdeckt im am besten überwachten Meer der Welt – für wie doof hält man uns eigentlich? Dieselben Medien, die diese Lügenstory nun verbreiten, waren kurz zuvor noch sicher, dass nur eine staatliche Organisation, also Militär und/oder Geheimdienste, zu solch einer Aktion fähig ist. Allerdings wundert man sich etwas weniger, wenn man in einer Antwort der Bundesregierung liest, dass Bundesministerien und Bundeskanzleramt von 2018 bis 2022 an insgesamt fast 200 Journalisten, die mehrheitlich für ARD und ZDF tätig waren, fast 1,5 Millionen Euro zahlten. Nicht enthalten sind darin die Zahlungen des BND an Journalisten, da „für den Bundesnachrichtendienst (BND), darauf hinzuweisen (ist), dass die Beantwortung der Fragen aus Staatswohlgründen nicht erfolgen kann, weil Kooperationen des BND besonders schützenswert sind.“ Wir müssen derzeit bilanzieren, dass die nicht-alternativen Medien in nahezu völliger Homogenität den Kriegskurs der Herrschenden nicht mehr nur nicht hinterfragen, sondern oftmals treibende Kraft der weiteren Eskalation sind.

Beschlüsse des 25. Parteitages der DKP zur VR China

Die DKP hat auf ihrem 25. Parteitag im März 2023 in Gotha drei Beschlüsse zu China gefasst. Die ersten beiden Dokumente „Frieden mit China“ und „12 Punkte im Klassenkampf“ befassen sich mit der Aggression von NATO, EU und BRD gegen die VR China und den Aufgaben der DKP im Friedenskampf sowie der Rolle Chinas als Friedensstifter im Ukraine-Krieg und darüber hinaus. Das Dokument „Die VR China, ihr Kampf um den Aufbau eines modernen sozialistischen Landes und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse“ befasst sich mit der Entwicklung der Volksrepublik China und ihrer Rolle im internationalen Klassenkampf. Es wurde als Zwischenstand der China-Debatte in der DKP beschlossen. Wir dokumentieren im Folgenden die drei Beschlüsse.

■ Frieden mit China!

Stoppt die Anfeindungen gegen die VR China – den nächsten großen Krieg verhindern! Den Kampf um den Frieden intensivieren – abrüsten jetzt!

Der Niedergang des US-geführten Westens

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten sich die USA zur dominanten imperialistischen Macht entwickelt. Nach der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern fiel die Sowjetunion als Gegengewicht weg, antikoloniale Befreiungskämpfe wurden ebenso wie die Arbeiterbewegung empfindlich geschwächt. Mit dem Dollar als Weltwährung, mit der mit großem Abstand größten Militärmacht der Welt, der Führung des am höchsten gerüsteten Militärbündnis NATO, mit dem wichtigsten Binnenmarkt, mit den größten und potentesten Monopolen der Welt waren die USA die einzige Supermacht.

Heute verlagert sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft nach Asien. Die VR China ist heute die größte Volkswirtschaft der Welt. Doch nicht nur quantitativ ist China an Europa und den USA vorbeigezogen, sondern auch in den Hochtechnologiebranchen stellt VR China heute eine mehr als ernstzunehmende Konkurrenz. Mit der „Belt and Road Initiative“ (Neue Seidenstraße), dem größten Investitionsprojekt der Geschichte, fordert China die globale Dominanz der westlichen Monopole heraus. China vergibt in der Regel zinsgünstige Kredite und lange Laufzeiten und verzichtet auf Reformauflagen. Damit ist China vor allem für viele afrikanische Länder ein attraktiver Partner geworden, mit dem neuen Akteur bieten sich den Ländern des globalen Südens (aber auch sogar bis hinein in die EU) strukturell mehr Spielräume und zum Beispiel Investitionen in Infrastruktur.

Steigende Kriegsgefahr

Die führenden imperialistischen Länder sehen ihre Position in Gefahr. Deswegen entfesseln sie auf allen Ebenen einen aggressiven Kampf gegen das Land – und ebenso gegen mögliche Bündnispartner Chinas, allen voran Russland. Nichts wird unversucht gelassen: Handelskrieg und Sanktionen, diplomatische Isolierung, neue, gegen China gerichtete Militärbündnisse, militärische und diplomatische Provokationen vor Chinas Haustür, die großzügige Finanzierung von antichinesischen NGOs innerhalb und außerhalb Chinas uvm. Das in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA erklärte Ziel ist es die VR China „nieder zu konkurrieren“:

Die neue Pazifikstrategie der USA sieht zusätzliche Investitionen von einer knappen Milliarde Dollar vor, um die ökonomische, politische und militärische Vorherrschaft auf den pazifischen Inseln auszubauen. 2022 wurde dafür in kolonialer Manier das Bündnis Partner im Blauen Pazifik (PBP; USA, Japan, Australien, Neuseeland und Großbritannien, Frankreich und Deutschland wurden zur Mitarbeit eingeladen) aus der Taufe gehoben.

Mit der militärischen Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan, Australien und Indien („Quad“) wird eine Art zweite NATO geschaffen, immer mehr militärische Kräfte der NATO werden in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt. US-Präsident Joe Biden sieht Washington vor dem „entscheidenden Jahrzehnt“ im Machtkampf gegen China.

Nach wie vor verfügen die USA über die stärkste Armee der Welt. Es besteht die reale Gefahr eines 3. Weltkriegs, der vor allem von den USA, aber auch von Staaten wie der Bundesrepublik gegen China forciert wird.

Deutscher Imperialismus

Die Haltung des deutschen Imperialismus ist so widersprüchlich wie seine Interessen. Einerseits will und muss man mit China Geschäfte machen, um international konkurrenzfähig zu bleiben und

Die China-Debatte in der DKP

sich nicht selbst von einem enorm wichtigen Absatzmarkt, aber zunehmend auch einen bedeutenden Forschungs- und Entwicklungsstandort, abzukoppeln. Entsprechend äußerte sich auch Kanzler Scholz in der FAZ („Wir wollen kein Decoupling“). Andererseits sieht man China als systemischen Rivalen, als Konkurrenten, mit dem keine strategische Allianz machbar scheint. In den letzten Monaten hat diese Seite des Widerspruchs an Gewicht gewonnen. Diese Widersprüchlichkeit von kooperativen Verflechtungen auf der Basis internationaler Arbeitsteilung einerseits und fortbestehender Konkurrenz andererseits ist jedem Imperialismus wesenseigen.

Die Debatten im politischen Establishment widerspiegeln dabei die kurz- und mittelfristigen Interessen des deutschen Monopolkapitals Profite zu realisieren – egal mit wem – und dem eher langfristigen Interesse wichtigster und bedeutendster Partner der herrschenden Supermacht zu bleiben. Die eigenen Weltmachtambitionen des deutschen Kapitals werden anscheinend mehrheitlich im (immer auch von Widersprüchen und Spannungen geprägten) Bündnis mit den USA als besser realisierbar angesehen, und das heißt gegen China(!), zu haben. Auf die Konfrontation gegen China zu verzichten, hieße für das deutsche Monopolkapital auf eine herausragende Stellung und deren Ausbau im internationalen Kräfteverhältnis zu verzichten. Das kann das Monopolkapital nicht. Zusätzlich üben die USA erfolgreich Druck auf die europäischen Staaten aus, sich in ihren Konfrontationskurs gegen China einzugliedern.

Die Aufgaben der DKP

Die kapitalistische Entwicklung ist nicht harmonisch, sondern ungleichmäßig. Der imperialistisch gewordene Kapitalismus drängt zum Krieg. Aktuell gilt in besonderem Maße. Die multinational agierenden Großbanken- und Konzerne konkurrieren weltweit um billige Rohstoffe und Absatzmärkte. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus brauchen sie die Unterstützung „ihrer Heimatstaaten“; um sich in der Konkurrenz Vorteile zu verschaffen. Das führt unweigerlich zu Handelskonflikten, Wirtschaftskriegen und militärischen Konflikten. Als DKP sind wir uns bewusst, dass die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Krieges nur durch den Sozialismus möglich ist. Diese Erkenntnis verbreiten und befördern wir und arbeiten gleichzeitig solidarisch mit weltanschaulich anders orientierten Kräften in der Friedensbewegung zusammen.

Wir wenden uns gegen die gefährliche Konfrontationspolitik gegen die VR China und für gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit, friedliche Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Wahrung des Völkerrechts. Wir wollen das Ende jeglicher Beteiligung an gegen die VR China gerichteten Aktivitäten, seien sie ökonomischer, diplomatisch-politischer oder gar militärischer Natur. Wir weisen jede Form von Dämonisierung Chinas zurück. Wir schätzen ein, dass die aktuelle Aggression der westlichen imperialistischen Staaten gegen Russland und China die Gefahr eines dritten Weltkriegs erhöht.

In der Friedensbewegung sensibilisieren wir für die antichinesische Kampagne von etablierten Parteien, insbesondere der „Grünen“; und in den großen Medien. Wir verweisen auf die nicht-militärische Außenpolitik der VR China, im Unterschied zur massiven Interventionspolitik der USA, der EU und der NATO steht. Wir machen deutlich, dass diplomatische Lösungen, die auf die Sicherung des Friedens auf der Welt gerichtet sind, nur unter Einbeziehung der VR China und im Rahmen der Vereinten Nationen möglich sind. Wir orientieren auf Aktionen gegen die NATO und vor allem gegen die Aufrüstung der Bundeswehr als ihre Ostflanke. Den Kampf gegen die Aufrüstung verbinden wir mit dem Kampf gegen die heftigen Einschnitte in den Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung und versuchen diese mit der Friedensbewegung zusammenzuführen. Dafür ist es auch notwendig, innerhalb der Friedensbewegung über die kriegsfördernde und unsoziale Rolle der Sanktionen/des Wirtschaftskriegs aufzuklären. Wir orientieren auf Aktionen gegen die Hochrüstungspläne der Bundesregierung, die die nächsten großen Kriege ermöglichen sollen. Wir verbinden den Friedenskampf mit der sozialen Frage und den Protesten gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung.

In den Betrieben und Gewerkschaften ist, oft vielleicht nur gefühlsmäßig, die Ideologie verbreitet, dass „wir“ im Westen „die Guten“ sind und „die“ im Osten, vor allem in China und Russland, das sind „die Bösen“. Wir stellen uns gegen diese nationalistische Ideologie und versuchen die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir unsere Interessen als Werktätige in Deutschland nur im Konflikt mit „unseren“ Kapitalisten hier durchsetzen können – und im Konflikt mit der VR China nur zu verlieren haben. Wir betonen, dass die Arbeiterklasse etc. nichts gewonnen hätte, wenn in der jetzigen Phase China (oder Russland oder der Iran etc.) sich – vielleicht nach einem Umsturz – dem von den USA geführten Westen unterwerfen würden. Wir treten für internationaler Solidarität unter den Beschäftigten und Gewerkschaften ein und stellen uns der Propaganda eines angeblichen Ausverkaufs der deutschen Wirtschaft durch China entgegen. Wir betonen die gemeinsamen Interessen von Kolleginnen und Kollegen verschiedener Herkunft in Deutschland wie der internationalen Arbeiterklasse insgesamt. Wir machen deutlich, dass die Unterstützung der Bundesregierung für die Monopole im Konkurrenzkampf gegen Chi-

na auf unserem Rücken ausgetragen wird und dass die Unterstützung auf Umwegen aus unseren Taschen bezahlt wird. Wir treten für den Schulterschluss der Gewerkschaften mit der Friedensbewegung ein.

In den Kommunen und Kreisen unterstützen wir lokale Abrüstungs- und Friedensinitiativen. Wir fordern die Schließung von NATO-Stützpunkten und die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion. Wir sensibilisieren für die Rolle der BRD als Drehscheibe der NATO und ihre Kriege. Wir treten der rasant wachsenden Welle von Militarismus-Propaganda in den Medien und der Bundeswehrwerbung unter Jugendlichen und insbesondere an Schulen entgegen.

■ 12 Punkte im Klassenkampf

Die Zukunft gewinnen! Nie wieder Krieg! 12 Punkte für den Frieden!

Mit der von Olaf Scholz am 27. Februar 2022 ausgerufenen „Zeitenwende“ – der Feind steht wieder im Osten, Meldungen trommeln täglich „Bericht von der Lage an der Front“ – als Kampfprogramm für massive Profitsteigerungen für das deutsche Monopolkapital, eröffnete die Bundesregierung eine scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes gegen die Arbeiterklasse und andere werktätige Schichten.

Als Vorwand bedient sich die Bundesregierung des kriegerischen Konflikts in der Ukraine, der durch die NATO mittels des provokativen Aggressionsaufbaus ihrer Ostpolitik und des Boykotts jedweder Verhandlungslösung erzwungen wurde. Die fortgesetzte Sperre für Verhandlungen durch Großbritannien und die USA soll die rasante Profitquelle „Krieg ist Verteidigung“ im Interesse des Monopolkapitals so lange wie möglich aufrechterhalten. Alle militärischen und politischen Maßnahmen werden seither ausschließlich mit Russland als Feind begründet und das Risiko einer nuklearen Katastrophe verantwortungslos in Kauf genommen. Aktuell führen zugespitzte militärische Provokationen seitens der NATO zu einem verantwortungslosen Balancieren am Rande des Atomkriegs.

So sollen die Erfahrungen von 1945 – die Losung „Nie wieder Krieg!“ – aus dem öffentlichen Bewusstsein getilgt werden, um es für Profitmaximierung durch Krieg zu vernebeln und, durch die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges, die Möglichkeit einer partnerschaftlichen Kooperation mit Russland untergraben werden.

Dagegen setzt die Volksrepublik China im internationalen Klassenkampf als Gegenschlag ihr ganzes Gewicht mit ihrem 12-Punkte-Plan vom 24. Februar 2023 zur nachhaltigen Lösung des Ukraine-Konflikts auf multilaterale Kooperation unter dem Regelwerk der Vereinten Nationen, statt auf eine unilaterale, US-dominierte, sogenannte „regelbasierte“ Weltordnung.

Das 12-Punkte-Konzept zielt darauf ab, Krieg und Ausbeutung effektive Schranken zu setzen, die durch den mutwillig angezettelten Wirtschaftskrieg und der dadurch angetriebenen, existenzgefährdenden Inflation forciert wird und zu kriegsbedingter Umweltzerstörung und Zerstörung sozialer Strukturen führt.

Die Volksrepublik China reagiert mit dem 12-Punkte-Konzept auf den brutalen Angriff der gesammelten Kriegspotenziale der „westlichen Wertegemeinschaft“, mit dem diese auch zum Kampf gegen Chinas Weg zum Sozialismus antreten will. Im Klassenkampf stellt sich dem die Volksrepublik China mit dem 12-Punkte-Konzept entgegen. Die riesigen weltweiten gesellschaftlichen Produktionspotenziale dürfen nicht zur Zerstörung, sondern müssen zum dringend erforderlichen Aufbau lebensfördernder Regelungen und in China zum Aufbau des Sozialismus genutzt werden können, um die Zukunft zu gewinnen.

Die 12 Punkte lauten:

1. Die Souveränität aller Länder respektieren.
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges.
3. Die Feindseligkeiten beenden.
4. Friedensgespräche wiederaufnehmen.
5. Die humanitäre Krise bewältigen.
6. Zivilisten und Kriegsgefangene schützen.
7. Kernkraftwerke sichern.
8. Strategische Risiken verringern.

Die China-Debatte in der DKP

9. Getreideexporte erleichtern.
10. Einseitige Sanktionen beenden.
11. Industrie- und Lieferketten stabil halten.
12. Den Wiederaufbau nach Konflikten fördern.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) fordert die Bundesregierung auf, sich mit aller Kraft für die Umsetzung dieses 12-Punkte-Plans einzusetzen und alle Anstrengungen zu unternehmen, die zur Realisierung des Plans beitragen.

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!
Hoch die Internationale Solidarität!

Die VR China, ihr Kampf um den Aufbau eines modernen sozialistischen Landes und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse

1. Einführung

Im Januar 2019 schrieb der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Grundsatzpapier: „China entwickelt sich strukturell kaum mehr in Richtung Marktwirtschaft und Liberalismus, sondern ist im Begriff, sein eigenes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell zu verwirklichen. Gleichzeitig prägt China als aufstrebende Wirtschaftsmacht andere Märkte und auch die internationale Wirtschaftsordnung. Das chinesische Modell einer Wirtschaft mit stark lenkendem staatlichen Einfluss tritt damit in einen systemischen Wettbewerb zu liberalen Marktwirtschaften.“

Seitdem wurde die Kampagne gegen die Volksrepublik China massiv verschärft. Aufgrund ihres „gesellschaftlichen Modells“; verbunden mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht und der gegen Vormachtstreben gerichteten Politik, gerät sie mehr und mehr in das Schussfeld der westlichen imperialistischen Länder. In Politik und Medien wird in Bezug auf China verdreht, entstellt und gelogen. Die antichinesische Propaganda wird zu einem Einflussfaktor im Klassenkampf in Deutschland. Sie reicht bis weit in die Gewerkschaften und in Teile der Friedensbewegung und fortschrittlicher Kräfte hinein. Unter marxistischen Kräften wird kontrovers über den gesellschaftlichen Charakter der VR China diskutiert, ob China ein sozialistisches Land ist und wie seine internationale Politik zu beurteilen ist. Dessen ungeachtet ist davon auszugehen, dass China Ende des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts die führende Wirtschaftsmacht auf der Erde sein wird, geführt von einer kommunistischen Partei.

Der Weg dorthin war überaus schwierig. Zum Zeitpunkt der Revolution und der Gründung der VR China im Jahr 1949 war das in tausenden von Jahren gewachsene hochentwickelte Land durch hundert Jahre koloniale Herrschaft in tiefster Armut versunken. Seit der bürgerlichen Revolution 1911 war China bis 1949 ununterbrochen in einen blutigen Bürgerkrieg verstrickt, seit 1927 mit „Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzügen“ gegen die Stützpunktgebiete der chinesischen Sowjets. Über 20 Millionen Chinesen starben während der Besetzung des Landes durch Japan im Zweiten Weltkrieg, der für China bereits 1931 mit der Annexion der Mandschurei durch Japan begonnen hatte. Die Bevölkerung litt unter extremer Armut. 75 Prozent der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft beschäftigt, die Industrie machte nur 10 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Weniger als 10 Prozent der Bevölkerung besaßen 70 bis 80 Prozent des bewirtschafteten Landes.

Der Weg hin zur Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft ging also von sehr schwierigen Ausgangspositionen aus.

Nach Jahrzehnten der Zurückhaltung übt die VR China in der internationalen Arena immer größeren Einfluss aus. Sie tritt gegen Vormachtstreben, Imperialismus und Rassismus auf und setzt sich für den Weltfrieden ein.

Die imperialistischen Mächte – allen voran die USA – sehen ihre hegemonialen Ansprüche durch China gefährdet. Die sich verschärfende Krise des Imperialismus zwingt sie zu aggressiven Maßnahmen zur Sicherung ihrer Profite, ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung und ihres welt-

Der Aufbau des Sozialismus und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse

weiten politischen Einflusses, die nicht zuletzt durch Chinas Entwicklung stetig zurückgedrängt werden, wobei die Option des Krieges immer mehr in den Vordergrund tritt. Zeitgleich verlieren sie real an Einfluss und wirtschaftlicher Vormacht. Diese Situation ist brandgefährlich, birgt aber in den Ländern, die bisher vom Imperialismus abhängig waren, Chancen für die eigene Entwicklung und verbesserte Bedingungen für die arbeitenden Klassen im Klassenkampf.

Der DKP ist eine korrekte Einschätzung der Rolle der VR China wichtig. Der US-Imperialismus führt bereits einen Wirtschaftskrieg gegen China und bereitet eine militärische Aggression gegen China vor. Dazu versucht er, Japan, die EU mit Großbritannien und Australien mit einzubeziehen. Die antichinesische Propaganda ist Teil der Kriegsvorbereitungen und Einflussfaktor im Klassenkampf in Deutschland, insbesondere beim Ringen um die Haltung der Gewerkschaften zu China.

Der sino-sowjetische Bruch der 1960er Jahre und der chinesisch-vietnamesische Krieg 1979 führten auch zu einer Distanz zwischen SED, DKP und SEW und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) – allerdings nie zum Abbruch der Beziehungen. Seit einigen Jahren haben sich deutsche und chinesische Kommunisten einander wieder angenähert.

Die Verhältnisse in der Welt entwickeln sich immer rasanter, alle Länder, alle Menschen werden in einen Strudel gefährlicher Veränderungen hineingerissen. Die Menschheit geht auf ihren wichtigsten Scheideweg zu. China spielt bei der Rettung der Welt eine große, vielleicht sogar eine entscheidende Rolle. Die deutschen Kommunisten können sich in der sich zuspitzenden Situation nicht einer Meinung zu diesem Land enthalten, es im Stich und die eigene Arbeiterklasse orientierungslos lassen.

Auch andere internationale Beziehungen intensiviert die KPCh, dafür steht ihr Auftreten im Rahmen der „Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien“. Für die Kommunistischen Parteien der Welt ergeben sich daraus Möglichkeiten, in engem Austausch mit den chinesischen Genossen ideologische, ökonomische und praktische Fragen zu erörtern.

Der Austausch mit den chinesischen Genossen ist umso wichtiger, als unser Verständnis der Entwicklung des Sozialismus in der Volksrepublik China noch am Anfang steht. Allen kulturellen und sprachlichen Barrieren zum Trotz wollen wir unser Wissen über den chinesischen Entwicklungsweg vertiefen. Wir begleiten mit großem Interesse den Prozess, den die KP Chinas als „Sinisierung des Marxismus“ bezeichnet. Wir als DKP schöpfen unser Verständnis des Marxismus-Leninismus aus den theoretischen Werken und praktischen Erfahrungen insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung. Im Kampf um eine deutsche Revolution zur Beendigung des 1. Weltkriegs, durch den antifaschistischen Kampf und beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik ist die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf besondere Weise mit jener der Sowjetunion verwoben worden. Wir begreifen den widerspruchsvollen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und der DDR als unseren eigenen Erfahrungsschatz. Dieser bietet uns zahlreiche Anknüpfungspunkte, die es uns möglich machen, das Handeln der KP Chinas mit unserer eigenen Geschichte und Theorieauffassung in Verbindung zu setzen.

2. Theoretische Gesichtspunkte zur Einschätzung des Sozialismus chinesischer Prägung

Kommunistische Parteien greifen in die gesellschaftliche Praxis auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in Verbindung mit einer Analyse der besonderen Bedingungen in ihrem Land ein. Darum ist es eine unentbehrliche Bedingung des Klassenkampfes, die ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Verhältnisse im eigenen Land zu analysieren. Dies gelingt nur, wenn die nationalen Verhältnisse als besonderer Ausdruck der weltumspannenden globalen Entwicklungen verstanden werden. Wird das Eingreifen reflektiert und werden Fehler erkannt, bereichert dies die Erkenntnis von Allgemeinem und Besonderem. Der Sozialismusbegriff wird so im Zuge der Entwicklung der Arbeiterbewegung ständig vertieft. Sozialismus bezeichnet ein bestimmtes Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung und die Klassenkämpfe zur Erreichung des Kommunismus.

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (Marx)

Der Sozialismus ist eine relativ eigenständige Periode, die sich in ihrer entwickelten Phase gründet auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln sowie der Naturressourcen. An die Stelle der chaotischen, auf Profitinteressen ausgerichteten, von Krisen geschüttelten kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft tritt eine nach wissenschaftlichen Kriterien gemeinschaftlich und verantwortungsbewusst geplante, von Solidarität getragene Produktionsweise.

Seine Hauptaufgabe ist es, die Voraussetzungen für einen Übergang in eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft zu schaffen. Dazu müssen die Produktivkräfte entwickelt werden und die Hegemonie der Arbeiterklasse als dialektische Einheit von ideologischer Führung der Gesellschaft und politischer Herrschaft über die Bourgeoisie gesichert werden.

Die China-Debatte in der DKP

Bisherige sozialistische Revolutionen waren erfolgreich in Ländern, deren Produktivkraftentwicklung weit hinter der von entwickelten kapitalistischen Ländern lag. Der wirtschaftliche Überschuss der Gesellschaft, der in das Vorankommen investiert werden konnte, war gering.

Die Entwicklung der Produktivkräfte kann im Sozialismus nicht einseitig auf die kurzfristige Erhöhung der Produktion ausgerichtet sein. Um die Hauptproduktivkraft, die Arbeiterklasse, zu entwickeln, muss ihre Reproduktion gesichert werden. Zu den Faktoren, die die Reproduktion der Arbeiterklasse sichern, gehören Lebensmittelversorgung, Wohnen und Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Erhalt und Regeneration der Natur, Maßnahmen des Klimaschutzes, sowie Bildung und Kultur. Entsprechend den nationalen Bedingungen geht die Arbeiterklasse Bündnisse mit den anderen Klassen ein. So zum Beispiel mit der Bauernklasse, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Daher gibt es in den sozialistischen Ländern unterschiedliche Eigentumsformen, die dem schnellen Erreichen der oben genannten Faktoren dienen und damit der raschen Entwicklung der Produktivkräfte insgesamt. Die Angriffe des Imperialismus führten und führen noch immer zu notwendigen Eingriffen seitens der sozialistischen Regierungen in die Entwicklung der oben genannten Faktoren, um das Überleben des gesamten Systems zu sichern. Beispielsweise mussten die Prioritäten der Entwicklung der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs verschoben werden, um deren Überleben zu sichern.

Neue Produktionsverhältnisse bilden sich in einem widersprüchlichen Prozess mit der Veränderung des Bewusstseins heraus. Dieser Prozess muss anhand der Wirklichkeit gestaltet werden, unter Berücksichtigung des gewaltigen Schatzes an historischen Erfahrungen und im Bewusstsein über die beständige Bedrohung durch den Imperialismus. Im praktischen Aufbau des Sozialismus können die besonderen und allgemeinen Erkenntnisse für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft gesammelt werden.

Um diese Aufgaben zu meistern, waren und sind die Kommunistischen Parteien auch zu Kompromissen mit dem Klassenfeind gezwungen. Dazu zählt die Zulassung von kapitalistischem Eigentum in sozialistischen Ländern. Sind die Machtverhältnisse klar, können Kapitalisten sowohl aus dem Inland wie dem Ausland genutzt werden, um eine nachholende Entwicklung der Ökonomie zu ermöglichen. Dies muss unter enger Führung der kommunistischen Partei erfolgen, ansonsten führen die in der Warenproduktion angelegten Widersprüche zu einer Rückentwicklung in die kapitalistische Produktionsweise.

Die Herrschaft der bisher unterdrückten und in allen Belangen kurz gehaltenen Arbeiterklasse zu organisieren stellt die besondere Herausforderung für die Kommunistischen Parteien dar. Qualifikationen zur Führung eines Staates waren nur in den fortgeschrittenen Teilen der Arbeiterbewegung vorhanden. So ist es zwangsläufig, dass die Partei die Führung im Staat im Interesse der Klasse ausüben muss. Da der Staat im Bündnis mit anderen Werktätigen geführt wird, sind deren Interessen und Interessenvertreter zu integrieren.

Verliert die Kommunistische Partei den Kontakt zur Arbeiterklasse bzw. ist nicht in der Lage, die Klasse zur Führung zu befähigen, schwindet ihre Hegemoniefähigkeit, zersetzt sich die ideologische Basis der Herrschaft der Arbeiterklasse und führt letztendlich zum Sieg der Konterrevolution.

3. Klassenkämpfe in China

Durch die Überwindung der Armut und das Aufblühen Chinas als unabhängige und starke Nation unter Führung der KPCh waren die Kommunisten tief im Volk verwurzelt. So konnten sie der Konterrevolution, die zur schweren Niederlage des Sozialismus in Europa führte und die 1989 auch in China versucht wurde, widerstehen.

Ein zentraler Aspekt dabei war, dass die KP Chinas an der Erkenntnis festhielt, dass der Sozialismus eine Gesellschaft ist, in der über einen langen Zeitraum Klassen und Klassenkampf existieren; eine ganze Epoche, in der die Frage „Wer – Wen?“ noch nicht entschieden ist. Der Sozialismus ist also nicht unumkehrbar, sondern muss immer wieder neu erkämpft werden. Dabei werden Klassenwidersprüche „zum Feind“ und „im Volk“ unterschieden, die mit unterschiedlichen Methoden gelöst werden müssen.

In der Verfassung Chinas ist festgeschrieben: „Art. 1. Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.“ Im Statut der KPCh heißt es: „Infolge inländischer Faktoren und internationaler Einflüsse wird der Klassenkampf in begrenztem Umfang noch lange Zeit existieren und sich unter bestimmten Bedingungen sogar verschärfen können, aber er ist nicht mehr der Hauptwiderspruch.“ Weiter führt die KP China in ihrem Statut aus: „Die grundlegenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaus Chinas liegen darin, die Produktivkräfte weiter zu befreien und zu entwickeln, die sozialistische Modernisierung schrittweise zu verwirklichen und dafür die Seiten und Kettenglieder in den Produktionsverhältnissen und dem Überbau, die der Entwicklung der Produktivkräfte nicht entsprechen, zu reformieren.“ Zur aktuellen Bestimmung des Hauptwiderspruchs führte Generalsekretär Gen. Xi Jinping auf dem XX. Parteitag der KPCh aus: „Es wurde au-

Der Aufbau des Sozialismus und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse

Berdem verdeutlicht, dass der gesellschaftliche Hauptwiderspruch unseres Landes im Widerspruch zwischen den ständig wachsenden Bedürfnissen des Volkes nach einem schönen Leben einerseits und der unausgewogenen und unzureichenden Entwicklung andererseits besteht.“

Immer wieder werden in der Partei scharfe ideologische Auseinandersetzungen bis in die höchsten Ebenen geführt. Die KPCh versteht sich nicht als monolithischer Block, sondern weiß um den Kampf der Linien in der Partei selbst, in dem sich die Klassenwidersprüche spiegeln und die Einheit immer wieder hergestellt werden muss.

Als zentrale Aufgabe des Sozialismus sieht die KPCh es an, die Produktivkräfte zu entwickeln und eine höhere Arbeitsproduktivität als in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu erreichen. Aus der eigenen Erfahrung hat China lernen müssen, dass dementsprechend die Produktionsverhältnisse flexibel angepasst werden müssen an den jeweiligen Grad der Vergesellschaftung der Produktion.

Die Einführung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ ist einerseits ein Schritt zurück von ganz überwiegend gesellschaftlicher zu mehr privater Aneignung der Produktion, andererseits hat sie zu einer stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte geführt. Das Agrarland China wurde in historisch kurzer Zeit auf den Weg zu einem modernen Industrieland gebracht, das weltweit Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung vorzuweisen hat. Dabei wurde zunehmend Gewicht gelegt auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und der Herstellung einer sauberen Umwelt. Die absolute Armut wurde beseitigt und ein bescheidener Wohlstand für die große Masse des Volkes erreicht – bei bewusster Inkaufnahme des Risikos, das Auslandskapital und heimische Bourgeoisie erstarken und damit die potenziellen Kräfte der Konterrevolution. Der sich dadurch entwickelnde – teilweise versteckte – Klassenkampf, wie er unter anderem durch Korruption zum Ausdruck kommt, wurde mit Mitteln wie der Anti-Korruptionskampagne in Partei, Staat und Wirtschaft zunächst unter Kontrolle gebracht. In ihrer Großen Historischen Resolution von 2021 führt die KP China aus, dass sie stolz darauf ist, das „Denken befreit“ zu haben, „die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“ und einen unabhängigen und selbständigen Weg gegangen zu sein.

Die KPCh hat es bisher souverän gemeistert im eigenen Land zu verhindern, dass sich die Bourgeoisie zu einer Klasse für sich entwickelt. Sie hält die Kommandohöhen der Wirtschaft und die Macht im Staat. Dies zeigte sich etwa durch die Eindämmung des Alibaba-Konzerns und anderer Großkonzerne seit 2021, der weder der prominente Alibaba-Gründer Jack Ma noch andere Konzernlenker organisierten Widerstand entgegensetzen konnten. In allen wichtigen Betrieben, auch den ausländischen, sind inzwischen Parteizellen eingerichtet und ist der Gesamt-Chinesische Gewerkschaftsbund vertreten. In der Partei sind über 95 Millionen Genossinnen und Genossen organisiert, in der Gewerkschaft über 300 Millionen Kolleginnen und Kollegen. Gerade letzteres Faktum ist Ausdruck davon, dass die Arbeiterklasse die Klasse ist, die in China am nachhaltigsten wächst. Damit wächst auch ganz praktisch und lebendig die Klassenbasis des Sozialismus.

Diese Entwicklung zeigt sich auch im Rückgang der handwerklichen Kleinproduktion und vor allem in der Landwirtschaft, damit im Prozess der Verwandlung von Bauern in Arbeiter. Das betrifft die nationalen Minderheiten in der Volksrepublik, vor allem in Tibet und Xinjiang. Dieser Prozess weist unvermeidlich zahlreiche Brüche auf, die die Imperialisten natürlich vertiefen möchten – bis hin zur Unterstützung von Terroristen und Sezessionisten. Es ist ein gigantisches historisches Verdienst der Kommunisten Chinas, diese Entwicklung gemeistert zu haben, mit nur geringen und kurzfristigen sozialen Auswirkungen, ohne Verelendung der Massen, ohne Slums, ohne Vertreibung ins Ausland (Emigration), ohne Ausrottung von nationalen Minderheiten und anderen Völkern, ohne Ausplünderung fremder Länder und auch ohne je einen Weltkrieg entfesselt zu haben.

Um die führende Rolle der Arbeiterklasse zu stärken, ist vor allem die Stärkung des Klassenbewusstseins notwendig. Dazu hat die KPCh besonders seit dem 18. Parteitag im Jahr 2012 große Anstrengungen unternommen. Daneben entfaltet sich in China ein breiter und wertvoller wissenschaftlicher Diskurs zur Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft. Von erheblicher Bedeutung wird die Neuausrichtung der Gewerkschaften sein, um einerseits die berechtigten Kämpfe praktisch zu unterstützen und zu organisieren und sie andererseits für den Aufbau des Sozialismus nutzbar zu machen im Sinn der historischen Mission der Arbeiterklasse.

Die KPCh hat als nächstes Jahrhundertziel für 2049 den „Aufbau eines modernen sozialistischen Landes, das reich, stark, demokratisch, zivilisiert und harmonisch ist“ ausgegeben und verfolgt den Weg einer grünen, kohlenstoffarmen und nachhaltigen Entwicklung. Bis dahin laufen die Verträge mit den meisten ausländischen Unternehmen aus. Damit zeichnet sich eine neue Entwicklungsperiode des Sozialismus chinesischer Prägung ab.

4. Die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse

Der Weg zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erfolgt heute in einer Situation, in der die Stärke des Imperialismus zwar ökonomisch abnimmt, der Imperialismus aber militärisch ein sehr großes Zerstörungspotential hat. Die VR China wird vom US-Imperialismus und den mit ihm ver-

Die China-Debatte in der DKP

bündeten oder untergeordneten Staaten nicht nur als Konkurrent auf dem Weltmarkt, sondern auch als Systemkonkurrent angesehen, der auf vielfältige Weise den Hegemonieanspruch des Imperialismus in Frage stellt. Daher wird gegen China nicht nur offen ein Wirtschaftskrieg entfacht, sondern es wird eine propagandistische Kampagne zum Beispiel wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen vor allem in Xinjiang entfacht. Während in Hongkong weiterhin versucht wird, eine „bunte Revolution“ zu organisieren, wird mit der drohenden Anerkennung von Taiwan, der Infragestellung der Ein-China-Politik und damit der nationalen Souveränität der VR China die militärische Option offengehalten. Gleichzeitig betreiben die USA und die Militärbündnisse NATO und AUKUS (Australien, Britannien und USA) eine militärische Einkreisung der VR China. Der Stellvertreterkrieg des Imperialismus gegen Russland in der Ukraine ist Teil dieser Strategie.

In dieser Situation betreibt die VR China eine auf den Erhalt des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung gerichtete Außenpolitik. Diese Politik der friedlichen Koexistenz ist eine Form des internationalen Klassenkampfes, die Zusammenarbeit von Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beinhaltet, ohne jedoch die ideologische Auseinandersetzung und den Kampf gegen den Imperialismus aufzugeben. Im Gegenteil ist eine Lösung existenzieller Menschheitsfragen, darunter der Fragen von Krieg und Frieden und des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen, nur im Klassenkampf und gegen den Imperialismus möglich. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist somit eine Voraussetzung für Fortschritte im internationalen Klassenkampf.

Die chinesische Außenpolitik umfasst deshalb Bündnisse mit kapitalistischen Staaten, die auf gleichberechtigte wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet sind. Dazu zählen BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und die eurasische Shanghai Cooperation Organisation, in der China mit einigen Staaten des postsowjetischen Raums, Indien und Pakistan zusammenarbeitet. China verfolgt mit dieser Bündnispolitik vielfältige Ziele: die Stärkung des Vertrauens unter den Mitgliedstaaten, Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem und ökologischem Gebiet, im Bereich des Handels, der Energie und des Transports, gemeinsame Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in und zwischen den Regionen der Mitgliedstaaten, friedliche Lösungen und Beilegung von Konflikten. Hinzu kommen bilaterale Verträge zur Zusammenarbeit, bedeutsam der von 2022 mit der Russischen Föderation.

Besondere Bedeutung in der Außenpolitik Chinas hat die „Neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative, BRI). Die BRI gilt als das größte geplante Infrastrukturprojekt der Geschichte mit bislang (Stand Ende 2022) 149 beteiligten Staaten. Es erreicht über 65 Prozent der globalen Bevölkerung mit mehr als 40 Prozent der globalen Wirtschaftskraft. Beteiligt sind auch einige EU-Staaten, mit Italien sogar ein G7-Staat. Die Grundsätze des Projekts sind gegenseitiger Nutzen auf Grundlage der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Gleichzeitig werden durch dieses Projekt die weltweiten Handelswege verändert und dem Zugriff des Imperialismus zumindest teilweise entzogen. Die Belt and Road Initiative ermöglicht vielen Staaten erstmals Investitionen in Infrastrukturprojekte, die nicht an imperialistischen Interessen ausgerichtet sind. Unterstützung und Kredite sind, anders als die des Imperialismus, nicht mit Einmischung in die inneren Angelegenheiten verbunden.

Diese Politik der VR China zielt auf eine multipolare Weltordnung im Gegensatz zur unipolaren Vorherrschaft des US-Imperialismus. Eine solche Außenpolitik ist in mehrfacher Hinsicht ein Mittel des internationalen Klassenkampfes. Zum einen trägt sie dazu bei, den Frieden zu erhalten, indem der Kriegspolitik des Imperialismus Bündnisse entgegengesetzt werden, die dessen Handlungsfreiheit ökonomisch und militärisch beschränken können, und indem Widersprüche im imperialistischen Lager genutzt werden. Dazu gehört auch, dass die VR China auf der Einhaltung der Prinzipien des Völkerrechts, aber auch der internationalen Handelsbeziehungen besteht, die vom Imperialismus ständig angeführt, aber seit Jahrzehnten nicht eingehalten werden.

Zum Zweiten stärkt eine solche Zusammenarbeit die Souveränität nicht nur der VR China, sondern auch die der beteiligten kapitalistischen Länder, die sich im Rahmen einer multipolaren Weltordnung vom Imperialismus unabhängiger machen können. Durch die Einschränkung neokolonialer Abhängigkeiten werden die Voraussetzungen für den Klassenkampf in diesen Ländern verbessert – ob dieser von Seiten der Arbeiterklasse und den Werktätigen geführt wird und erfolgreich ist, ist eine andere Frage. Insofern ist eine multipolare Welt nicht unbedingt eine friedlichere Welt, aber sie bietet bessere Voraussetzungen für den Kampf um nationale Befreiung, Souveränität und Frieden und letztendlich um den Sozialismus.

Und schließlich fördert eine solche Zusammenarbeit, wie sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat, eine Entwicklung der Produktivkräfte sowohl in der VR China als auch den Ländern, die kooperieren. Dies verbessert in China die Ausgangsbedingungen für das weitere Ringen um den Sozialismus. In den Partnerländern trägt diese Zusammenarbeit erheblich zur Entwicklung der Produktivkräfte bei und damit zur Überwindung von Abhängigkeit und Armut.

5. Unsere Aufgaben als DKP

Die antichinesische Propaganda stellt den Aufstieg der VR China so dar, als habe er negative Auswirkungen auf die globale Entwicklung und auf die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland und Europa. Ängste werden geschürt. Regierung und Kapital stimmen die Bevölkerung auf einen Konflikt mit der VR China ein. Aber die VR China hat keine Schuld an den massiven sozialen und ökologischen Problemen hierzulande und in Europa. Die Ursachen dafür liegen im Kapitalismus selbst. Wir stellen uns gegen den Versuch, die VR China als Reich des Bösen darzustellen.

Dem setzen wir die Prinzipien des proletarischen Internationalismus entgegen. Wir verschließen unsere Augen nicht vor Widersprüchen und Problemen, die mit der Reform- und Öffnungspolitik in China seit 1978 verbunden sind. Unbestritten ist,

- dass sich China unter der Führung der KP Chinas erfolgreich aus (halb-)kolonialer Abhängigkeit befreien, die VR China gegründet werden konnte und die VR China in Folge vom Imperialismus geraubte Gebiete friedlich zurückgewinnen konnte,
- dass die VR China mittlerweile auch militärisch Großmacht geworden ist und nicht mehr erpressbar ist,
- dass die VR China in mehreren Etappen eine gigantische wirtschaftliche Entwicklung genommen hat und dabei, trotz gleichzeitiger Zunahme materieller Ungleichheit im Lande, mehrere hunderte Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreien konnte, ihnen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht hat.

Die DKP begrüßt die Erfolge der ökonomischen Reformen und die gesteigerte weltweite ökonomische Bedeutung der VR China. Dies eröffnet eine Alternative zur imperialistischen Wirtschaftsordnung.

Die KP Chinas will die VR China zu einem modernen sozialistischen Staat entwickeln. Es gibt Kapitalisten im Land, die aber nicht die politische Macht haben. Der Staat kontrolliert zentrale Bereiche der Wirtschaft. Das ist die Voraussetzung dafür, dass sich China von einem Anfangsstadium des Sozialismus zu einem modernen sozialistischen Land entwickeln kann.

Die DKP erkennt, dass die KPCh am Sozialismus festhält und die Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung und Modernisierung des gesamten Landes schafft.

China ist unter der Führung der KPCh bereits als Entwicklungsland zu einer Weltmacht geworden, die den Imperialisten in den USA, der EU und in Japan Paroli bieten kann. Die Phase der US-Dominanz geht ihrem Ende zu. Das birgt Möglichkeiten und Gefahren. Der US-Imperialismus setzt auf Konfrontation, was die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwört. Die VR China setzt sich für Entspannung ein und positioniert sich an der Seite der Friedenskräfte. Im Gegensatz zum Imperialismus trägt die VR China wesentlich dazu bei, die gravierenden Probleme der Menschheit zu lösen: Armut, Hunger und Erhalt der natürlichen Umwelt.

In dem Wissen, dass jedes Land entsprechend der besonderen nationalen Bedingungen seinen eigenen Weg zum Sozialismus finden muss, wollen wir auch von den Erfahrungen unserer chinesischen Genossinnen und Genossen lernen.

Die DKP strebt deshalb die weitere Verbesserung und Intensivierung der Kontakte zur KPCh an. Sie sollen genutzt werden, um ein tieferes Verständnis der Entwicklung in der VR China und der sich aus dem Aufstieg der VR China ergebenden Möglichkeiten im internationalen Klassen- und Friedenskampf zu erlangen.

Die DKP sieht die Verbesserungen, die sich für viele Länder durch die Zusammenarbeit mit dem sozialistischen China ergeben und dass sich dadurch die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern können.

In den imperialistischen Zentren führen die selbstzerstörerischen Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der einen und der Aufstieg der VR China auf der anderen Seite zu einer Zuspitzung der Widersprüche. Die DKP sieht ihre Aufgabe darin, den Klassenkampf in Deutschland auszuweiten und den Kampf gegen die Konfrontationspolitik der Imperialisten zu verstärken. Dabei sieht sie sich an der Seite der VR China und ihrer KP.

Politik & Kultur

uz shop

Bücher | Broschüren
T-Shirts | Pullover
Fahnen | Halstücher
Taschen | CDs | DVDs
Tassen | Antiquariat
und vieles mehr



Uwe Behrens
„Der Umbau der Welt“
Wohin führt die
Neue Seidenstraße?

Tipp:



Verlag
edition ost,
Mai 2022,
256 Seiten,
12,5 x 21 cm,
broschiert

Weitere Bücher
zu China
im Shop!

18,-

Direkt online bestellen



uzshop.de